

Salomon Korn

Am Anfang stand die »Schmierwelle«

Zum 50-jährigen Jubiläum der TRIBÜNE

Um eine Ahnung davon zu erhalten, was das 50-jährige Jubiläum der Zeitschrift TRIBÜNE für Otto Romberg bedeutet, genügt ein Satz von ihm aus einem vor einigen Jahren geführten Interview. Befragt nach den wirtschaftlich beschwerlichen Gründungsjahren der TRIBÜNE findet sich dort das nüchterne Bekenntnis: »Nach einem halben Jahr waren wir praktisch pleite.« Das war 1962. Für den damals 30-jährigen Herausgeber der Zeitschrift TRIBÜNE war die drohende Zahlungsunfähigkeit sicher keine Überraschung. Das Projekt einer »Zeitschrift zum Verständnis des Judenproblems«, wie die TRIBÜNE zunächst in der Unterzeile hieß, war ein Wagnis: Entstanden aus Idealismus und getragen von der Entschlossenheit, zur Verwirklichung eines wichtigen Anliegens notfalls auch den privaten Ruin in Kauf zu nehmen.

Schon die Reaktion des DuMont Verlages auf die Zeitschriftengründung war weniger Ermutigung denn Warnung: Die erste Ausgabe der TRIBÜNE wurde nur gegen Vorkasse gedruckt. Doch was so aussichtslos schien, wendete sich schließlich durch eine schicksalhafte Begegnung zum Guten. Otto Romberg erhielt Rat von dem Mann, der Anfang der 1960er Jahre zu den angesehensten und erfolgreichsten Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft zählte. Sein Name: Walter Hesselbach. Der 1961 zum Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft ernannte Hesselbach empfahl ein für die damalige Zeit modernes Rettungsinstrument, das dem kleinen Unterstützerkreis um Otto Romberg nach eigener Aussage nie selbst eingefallen wäre: Die TRIBÜNE sollte mit Hilfe von Anzeigen dauerhafte finanzielle Unabhängigkeit erlangen.

Die Idee des von den Nationalsozialisten wegen seiner sozialdemokratischen Überzeugung diskriminierten Bankers erwies sich als geradezu genial. Über von Walter Hesselbach vermittelte Kontakte kam die Anzeigenwerbung in Schwung – und blieb es bis heute. Ergänzend dazu haben Abonnements und Patenschaften mitgeholfen, die TRIBÜNE 50 Jahre ohne Subventionen regelmäßig erscheinen zu lassen. Das wirtschaftliche Überleben der Zeitschrift zu sichern, ohne deren Unabhängigkeit zu gefährden – diese Leistung Otto Rombergs und seiner Frau und Herausgeberin der TRIBÜNE, Elisabeth Reisch, verdient zusätzliche Würdigung.

Um die Entschlossenheit zu verstehen, mit der Otto Romberg die Gründung der TRIBÜNE vorantrieb, müssen wir einen Blick zurück in das Budapest der 1930er Jahre werfen. Dort wurde Otto Romberg als Otto Roboz am 16. Dezember 1932 geboren. Er war zwölf Jahre alt, als mit der Besetzung Ungarns durch die Deutschen die Deportationen begannen. Was folgte war eine Kette traumatischer Erlebnisse. Der Vater, ein im Ersten Weltkrieg hoch dekoriertes Offizier, war 1941 als Reserve-Offizier der ungarischen Armee erneut eingezogen worden. Nach dem Einmarsch der Deutschen riss ihm ein Vorgesetzter die Rangabzeichen von der Uniform und beschimpfte ihn als Juden, der ins Konzentrationslager gehöre. Ein Fluch, der kurz darauf Wirklichkeit wurde. Nach einer Zeit als Zwangsar-

beiter erhielt der Vater den Deportationsbefehl. Erst vor wenigen Jahren erfuhr Otto Romberg über den Suchdienst Bad Arolsen, dass sein Vater Ende 1944 im KZ Bergen-Belsen gestorben war.

Auch seiner Mutter und ihm gelang es nicht, der nationalsozialistischen Verfolgung zu entkommen. Mutter und Sohn saßen schon in einem Viehwaggon in Richtung Auschwitz und ihr Schicksal schien besiegelt, als der legendäre schwedische Diplomat Raoul Wallenberg mit rettenden Schutzpässen an den Bahnhof kam und die beiden vor der Deportation bewahrte.

Otto Romberg überlebte den nationalsozialistischen Terror, geriet im stalinistischen Ungarn jedoch aufgrund seiner jüdischen Herkunft und unterstellter politischer Umtriebe erneut in Haft und wurde zum Tode verurteilt. Die Revolution in Ungarn brachte ihm die Freiheit. Als das Todesurteil nach der Niederschlagung der Revolution nochmals bestätigt wurde, befand er sich bereits in Österreich in Sicherheit.

Romberg, der als Lokalreporter tätig gewesen war, ging 1956, mit 27 Jahren, zunächst als Polizeireporter, dann als Korrespondent nach Deutschland. Aus Otto Roboz wurde jetzt Otto Romberg. Der Name für den Neuanfang sollte eingängig und leicht zu buchstabieren sein. Die Jahre der Entwicklung vom Kind zum jungen Erwachsenen waren Otto Romberg genommen worden. Doch er lebte. Er war Ende zwanzig, arbeitete als Journalist und hatte in Deutschland Fuß gefasst.

Sein Judentum hatte in seinem ersten Leben keine Rolle gespielt. Die Familie war nicht religiös. Und doch war er schon zur Schulzeit mit antisemitischen Beleidigungen in Berührung gekommen. Der Judenhass der Nationalsozialisten, die schockierende Erkenntnis, dass jüdische Herkunft einem Todesurteil gleichkam, zwangen ihn zur Auseinandersetzung mit seiner Religion und dem grausamen Phänomen des Antisemitismus. Entsprechend sensibel reagierte er auf die gesellschaftliche Stimmung im Nachkriegsdeutschland. Nach den Jahren hasserfüllter judenfeindlicher Indoktrination durch die Nationalsozialisten und jahrhundertelanger antisemitischer Hetze war nicht davon auszugehen, dass Feindschaft und Vorurteile gegenüber Juden mit dem Ende des Krieges schlagartig überwunden sein würden. Entscheidend war, in welchem Ausmaß und in welcher Form der Antisemitismus zu Tage trat – und wie entschlossen die Gegenreaktion der Mehrheitsgesellschaft ausfiel.

Die Ereignisse in Köln in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 schienen vor diesem Hintergrund wie eine Art Bewährungsprobe für die junge bundesrepublikanische Demokratie. Passanten hatten die Schandmale zuerst entdeckt und die Polizei alarmiert: Hakenkreuze am Sockel der Kölner Synagoge in der Roonstraße. Empörend war zudem der Ausruf, der in weißer Farbe auf das Mauerwerk geschmiert worden war: »Deutsche fordern Juden raus«. Die ungeschickte Fahndung der Polizei ermöglichte es den Tätern, noch in der gleichen Nacht weitere Schmähungen hinzuzufügen. Zeitpunkt und Ort des Anschlags sorgten für ein Höchstmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit, sowohl in Deutschland als auch international. Die Schändung der erst wenige Monate zuvor geweihten Synagoge bildete den Höhepunkt einer seit über einem Jahr anhaltenden Reihe antisemitischer Vorkommnisse. Bereits im Januar 1959 war die Düsseldorfer Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert worden. Befürchtungen eines Wiederauflebens nationalsozialistischer Umtriebe beherrschten die öffentliche Diskussion. Umso mehr als das Attentat auf die Kölner Synagoge Hunderte ähnlicher Aktionen in Deutschland und weltweit nach sich zog.

Laut einem Weißbuch der Bundesregierung wurden bis Ende Januar 1960 insgesamt 470 antisemitische Vorkommnisse in Westdeutschland registriert. Das Spektrum reichte von Schändungen jüdischer Einrichtungen bis zu Beleidigungen einzelner Personen. Ein Damm

schien gebrochen zu sein, denn auch aus anderen Städten wie London, Paris, New York und Tel Aviv meldete die Polizei ähnliche Straftaten. In der Bundesrepublik formierte sich eine demokratische Gegenwehr, die meist in Form von Demonstrationen und Protestkundgebungen auftrat.

Die Adenauer-Regierung vermochte in den Kölner Vorkommissionen keine Hinweise auf einen wieder erstarkenden Antisemitismus zu sehen, obwohl es sich bei den Tätern um Mitglieder der rechtsextremen DRP handelte. Die Bundesregierung versuchte stattdessen, den Blick der Öffentlichkeit in Richtung Osten zu lenken. Nach dieser Version war das Ganze eine gezielte Aktion der Ost-Berliner SED, um die Bundesrepublik international zu diffamieren. Vertreter jüdischer Gemeinden und Organisationen im In- und Ausland wiederum prangerten die Versäumnisse der Bundesregierung im Umgang mit belasteten Personen in Politik, Justiz, Wirtschaft und im Schuldienst an. Die oppositionelle SPD, aber auch das westliche Ausland schlossen sich dieser Kritik an.

Die zahlreichen antisemitischen Straftaten in den Wochen nach dem Kölner Anschlag wurden hart geahndet, die Täter teils im Schnellverfahren zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt, zumeist ohne Bewährung. Bundeskanzler Adenauer versuchte zeitgleich mit symbolischen Gesten, wie dem Besuch des KZ Bergen-Belsen, das verheerende Echo im Ausland zu mildern.

Auch die gesellschaftlichen Ursachen wurden heftig diskutiert. Kommentatoren, Fachleute und Teile der Bevölkerung sahen die Vorgänge als Ausdruck des Versagens der elterlichen und schulischen Erziehung. Entsprechend laut war der Ruf nach Reformen im Bereich der Bildung. Die Kritik am Vorgehen der Regierung riss dennoch nicht ab. Die Attentäter seien eher geistig beschränkte Wichtigtuer ohne Hintermänner, denn ernstzunehmende Radikale. Wichtiger als drakonische Strafen sei die Stärkung der Demokratie durch eine aufrichtige Aufarbeitung der Vergangenheit. Griffig formulierte der Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein: »Werft die Nazis aus der Regierung, pensioniert die Blutrichter, und dann säubert die Rinnsteine«.

Otto Romberg war zunächst einfach nur bestürzt angesichts der antisemitischen Parolen und wollte Deutschland so schnell wie möglich verlassen. Die Hoffnung, nach der Rückkehr aus der Hölle von Lagerhaft und Verfolgung, ein von aufrichtiger Reue geprägtes gesellschaftliches Klima vorzufinden, hatte sich als naiv erwiesen. Ein Neubeginn in Deutschland schien nicht nur wegen des Erlebten unmöglich, sondern auch unerwünscht. Tatsächlich stießen die zum Bleiben entschlossenen Juden immer wieder auf Vorbehalte, Unverständnis, ja sogar Verachtung. Letzteres insbesondere auch bei jüdisch-israelischen Organisationen und Politikern, die keinerlei Verständnis dafür aufbrachten, dass im »Land der Täter« wieder zaghafte Ansätze jüdischen Lebens zu verzeichnen waren. In Deutschland lebende Juden mussten über Jahrzehnte hinweg damit zurechtkommen, innerhalb der jüdischen Welt diskriminiert zu werden und auf offene Ablehnung zu stoßen. In Deutschland wiederum galten die Überlebenden als »wandelndes schlechtes Gewissen«. Die Mehrheit der nichtjüdischen Bevölkerung fühlte sich schon durch die Anwesenheit von Juden an den Pranger gestellt und verurteilt. Immer häufiger war der Ruf nach einem »Schlussstrich« unter die Vergangenheit zu hören.

Aus jüdischer Sicht hingegen förderte die sogenannte »Schmierwelle« nur öffentlichkeitswirksam zutage, was unterschwellig nie aufgehört hatte zu existieren. Die schamlose Rückkehr alter Nazis in hohe Staatsämter oder verantwortungsvolle, privilegierte Berufe und die in ungezählten Fällen oberflächliche oder ausbleibende Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen spiegelten einen provozierenden Mangel an Unrechtsbewusstsein wider.

Die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen mutete trotz einiger unbestrittener Verdienste wie ein Ablenkungsmanöver an. Umso bedeutsamer war im Laufe der 1960er Jahre das Aufbegehren der Jugend gegenüber dieser als verlogen empfundenen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Zu spüren, dass die Verweigerung ehrlicher Erinnerung bei einem wenn auch nur kleinen Teil der deutschen Bevölkerung auf scharfe Kritik stieß, war für die jüdische Minderheit ein wichtiges, entlastendes Signal.

Otto Romberg verfolgte diese Diskussionen mit einer Mischung aus sorgenvollem Unbehagen und großem Interesse. Für den Holocaust-Überlebenden Otto Roboz war es eine unfassbare und unerträgliche Situation, im Nachkriegsdeutschland erneut mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. Der Journalist Otto Romberg hingegen empfand nicht nur persönliche Betroffenheit. Als politisch interessierter Beobachter, Demokrat und dem Gemeinwohl verpflichteter Bürger drängte es ihn, seine Sicht der Dinge zu formulieren, sich journalistisch der Thematik zu widmen – und aufzuklären. Damals lebten nur etwa 30.000 Juden in Deutschland. Die These, nach der die Antisemiten für Ihre Vorurteile und Propaganda keine Juden benötigen, bestätigte sich einmal mehr. Otto Romberg blieb – und wurde aktiv. Seine Motive beschrieb er rückblickend wie folgt: »Ich wollte nicht den Fehler begehen und mir Vorurteile aneignen. Ich wollte und konnte nicht verallgemeinern. Ich setzte große Hoffnungen auf die junge Generation, die aufgeschlossen und vorurteilsfrei war (...). Ihre unwahrscheinliche Reserve gegenüber der älteren Generation hat mir Hoffnung gegeben für eine positive demokratische Entwicklung«. Auf der Grundlage dieser Überzeugung diskutierte ein von ihm gegründeter Arbeitskreis jüdischer und nichtjüdischer Journalisten Maßnahmen, wie aufzüngelnder antisemitischer Hetze wirksam begegnet und Feindbilder und Vorurteile abgebaut werden könnten.

Auffallend war die große Unkenntnis, die die öffentliche Diskussion bestimmte. Ignoranz, Scham und Unsicherheit gegenüber allem Jüdischen waren weit verbreitet und verhinderten ein offenes, unverkrampftes Miteinander. Nach den Jahren der Entrechtung und unerbittlichen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung war es dringend geboten aufzuklären und Menschen zu Wort kommen zu lassen, die fundierte Diskussionsbeiträge zum aktuellen Zeitgeschehen und zum Thema Vergangenheitsbewältigung in Deutschland lieferten; ein Forum herzustellen, um das Phänomen des Antisemitismus zu ergründen und Wissen über das Judentum bereitzustellen. Das Ergebnis dieser Überlegungen war eine Kulturzeitschrift, auf deren Seiten nicht Anklage erhoben, sondern für ein besseres Verständnis von Juden und Nichtjuden geworben werden sollte.

Otto Romberg und seine spätere Frau Elisabeth Reisch waren wagemutig und überzeugt genug, das Projekt umsetzen zu wollen. Dieser Entschluss war die Geburtsstunde der TRIBÜNE. Die Gründer gingen zunächst davon aus, dass die gesamte Thematik bald an Brisanz verlieren und die Zeitschrift nach ein paar Ausgaben wieder eingestellt werden würde. Es kam jedoch ganz anders. Die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zur Beschäftigung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit hielt sich in engen Grenzen. Nur zögerlich entwickelte sich der Dialog zwischen Juden und Nichtjuden. Ob in politischen Debatten, im Bereich der Kultur oder in Alltagssituationen – überall blitzten mehr oder weniger grell antisemitische Vorurteile auf.

Ganz unverhohlen geschah dies in der Auseinandersetzung um die sich verstärkende israelische Siedlungspolitik. Deutsche jüdischen Glaubens galten in den Augen der Mehrheit ihrer Mitbürger als Israelis und standen unter ständigem Erklärungszwang. Die von Politik, Medien und christlichen Kirchen immer wieder beteuerte Solidarität mit dem Staat Israel er-

wies sich nur begrenzt als belastbar. Der Vorwurf, das gewaltsame Vorgehen gegen die Palästinenser zeige, dass Israel aus dem Leid der Holocaust-Opfer nichts gelernt habe, bestimmt bis heute das von der nationalsozialistischen Vergangenheit entlastende Israel-Bild der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Dieses Bild von seinem vereinfachenden schwarz-weiß Kontrast zu befreien und ihm durch Hinzufügen eines breiten Tatsachenspektrums eine neue, differenziertere Aussage zu verleihen, war von Beginn an ein wichtiges Anliegen der TRIBÜNE-Redaktion.

Neue Zusammenhänge herstellen, alte Denkmuster aufbrechen, Argumentationshilfen liefern – keines dieser TRIBÜNE-Charakteristika hat sich im Laufe der Jahrzehnte überlebt oder gar als überflüssig erwiesen. Otto Romberg und die Autoren der TRIBÜNE ließen nicht nach in ihrem Anspruch, die Sichtweise der in Deutschland lebenden Juden zu Gehör zu bringen. Gleichermäßen unnachgiebig wird in den Artikeln der TRIBÜNE den Opfern des millionenfachen Mordens eine Stimme gegeben. Viel zu sehr kreisten und kreisen die öffentlichen Debatten beim Thema deutsche Vergangenheit um die Lebensläufe und Motive der Täter. Unbeirrt fordert Otto Romberg deshalb das Gedenken an die Toten und ihr schweres Schicksal ein. Für diese Hartnäckigkeit und seine Lebensleistung im Dienste der Erinnerung an das Unfassbare erhielt er 1996 gemeinsam mit seiner Frau Elisabeth Reisch den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Im Geiste so sehr verwandt mit dem vermittelnden, bescheidenen und menschenfreundlichen Rabbiner Leo Baeck, widerlegte Otto Romberg den großen Lehrer und Philosophen in dessen pessimistischer Sicht auf die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland. Romberg behielt Recht in seinem Glauben an einen Neubeginn im einstigen »Land der Täter«.

Mit seiner Unbeirrbarkeit, Deutschland als jüdische Lebenswelt nicht aufgeben zu wollen, vermittelte Otto Romberg vielen in Deutschland lebenden Juden Zuversicht. Einem Leuchtturm gleich, gab die TRIBÜNE Orientierung. Und sie war ein Seismograph, der umso heftiger ausschlug, je stärker antisemitische Vorfälle zu verzeichnen waren. Klar war immer: Sollte sich Otto Romberg gezwungen sehen, die TRIBÜNE einzustellen, weil alle Bemühungen um Aufklärung und Verständigung vergeblich erscheinen, wäre damit auch die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland in Frage gestellt. Auch Otto Romberg selbst zählte zu denjenigen, die sich noch lange Zeit Vorwürfe machten, in Deutschland geblieben zu sein. Die Arbeit an der TRIBÜNE, die genaue Beobachtung des Umgangs von Politik und Gesellschaft in Deutschland mit dem Thema Antisemitismus ließ ihn jedoch erkennen, dass auf den Trümmern des Terrorregimes ein demokratischer Rechtsstaat entstanden war. Diese Erkenntnis ermutigte ihn, sein eigenes Bleiben in Deutschland gegen alle Kritik zu verteidigen.

Maßgeblich unterstützt wurde Otto Romberg Jahrzehnte hindurch von einem journalistischen Profi besonderer Prägung, dem unvergessenen Heiner Lichtenstein. Als beratender Redakteur und Chefredakteur der TRIBÜNE und in unzähligen Radio- und Fernsehbeiträgen trug er zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bei. Lichtenstein erhielt zahlreiche Ehrungen, darunter, wie Romberg, den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland. Dessen damaliger Präsident, Heinz Galinski sel. A., lobte Lichtenstein als einen der Menschen, »die sich im Namen der Zukunft dadurch verdient machten, dass sie den Vernichtungsversuch als ein offenkundiges Verbrechen einer breiten Öffentlichkeit zu Bewusstsein brachten und damit halfen, dem Vergessen und dem Verdrängen entgegenzuwirken.«

Die enorme Zuwanderung von Juden aus Osteuropa Anfang der 1990er Jahre beseitigte vielleicht nicht alle Zweifel, ob es richtig war in Deutschland geblieben zu sein. Doch die nun

einsetzende Stärkung der jüdischen Gemeinschaft schuf eine neue, Hoffnungen beflügelnde Situation. Otto Romberg und seine Redaktion griffen die Aufbruchstimmung auf und begleiteten seither das Werden und Wachsen der jüdischen Gemeinden. Der Bedarf an Vermittlung von Wissen über jüdisches Leben in Deutschland gleicht seit Beginn der Zuwanderung dem zu Gründungszeiten der TRIBÜNE. Entsprechend festigte die »Zeitschrift zum Verständnis des Judentums« ihre Stellung als bedeutende Stimme im Bereich der Wissensvermittlung und Debattenkultur. Sie etablierte sich als Forum für Betrachtungen, Analysen und wissenschaftliche Beiträge über jüdische Kultur, jüdisches Selbstverständnis, Geschichte, Zeitgeschehen und immer wieder über die Ausformungen und Hintergründe des Antisemitismus.

In Aufmachung, Konzeption und inhaltlicher Struktur hat sich die TRIBÜNE die Jahrzehnte hindurch allen flüchtigen Trends entzogen. Seit 50 Jahren kommt sie vierteljährlich in ihrer freundlichen grünen Erkennungsfarbe zu ihren Lesern. Waren es anfänglich 2.000 Exemplare, die gedruckt wurden, hat sich die Auflage heute bei 5.000 bis 7.000 Exemplaren eingependelt. Sie war nie eine Zeitschrift zum raschen Querlesen. Weder Fotos noch Farben buhlen um Aufmerksamkeit. Die TRIBÜNE setzt auf Nüchternheit und fordert von Ihrer Leserschaft Konzentration. Die Leser sollen Stellung beziehen und den eigenen Standpunkt überprüfen.

Zur Freude der Leserschaft und zum wirtschaftlichen Wohle der TRIBÜNE gelang es der Redaktion, prominente Autoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen, aus Politik, Wissenschaft und Kultur zu gewinnen. Ergebnis dieser Mischung ist ein meinungsfreudiger, inspirierender Lesegenuss. Die Vielstimmigkeit der TRIBÜNE bringt streitbare Auseinandersetzungen und anregende Debatten mit sich. Ohne einzelne Namen besonders hervorheben zu wollen, sei an dieser Stelle allen Autoren und Redakteuren herzlich gedankt, die mit ihren kritischen Gedanken, differenzierten Bewertungen und neuen Thesen zum Nachdenken – oder zum fruchtbaren Widerspruch angeregt haben.

Zum Profil der TRIBÜNE ist nun schon einiges gesagt worden. Doch was macht sie im Vergleich mit anderen deutsch-jüdischen Zeitschriften so unverwechselbar? Was macht sie zu einem Meilenstein der deutsch-jüdischen Pressegeschichte? Ihren Machern ist etwas gelungen, das genau genommen schon Anfang des 19. Jahrhunderts beschworen worden war: Der Brückenschlag zur nichtjüdischen Leserschaft. Es war ein berühmter Bewohner Frankfurts, der diese Anforderung zum Qualitätsmerkmal einer deutsch-jüdischen Zeitung erhob. Ein Mann, der schon zu Lebzeiten weit über die Stadt hinaus Berühmtheit erlangte und dessen Name zum Synonym für kritischen, geistreichen Journalismus wurde. Gemeint ist der große Frankfurter Publizist, Kritiker und Schriftsteller, der Freidenker und Demokrat Ludwig Börne. Dank seiner herausragenden Formulierungskunst, gepaart mit umfassender Bildung, politischem Bewusstsein, Witz und Leidenschaft, wurde er stilprägend für den modernen Journalismus.

Der getaufte Jude Börne setzte seine Begabung ein für den Kampf für demokratische Freiheitsrechte und gegen jede Form von Despotie. Als Herausgeber verschiedener, meist kurzlebiger Blätter formulierte er seine Vorstellung einer interessanten, inhaltsreichen Zeitung mit den Worten: »Wer für die Juden wirklich wirken will«, so Börne, »der darf sie nicht isolieren; das tun ja eben deren Feinde, zu ihrem Verderben. Was nützt ein eigenes Journal für Juden? Ihre Freunde brauchen es nicht, denn sie bedürfen keiner Zusprache; ihre Gegner nehmen es gar nicht in die Hand. Um ihnen zu helfen, muss man ihre Sache mit dem Rechte und den Ansprüchen der allgemeinen Freiheit in Verbindung bringen. Man muss (...) gelegentlich, unerwartet von ihnen sprechen, damit der ungeneigte Leser gezwungen werde, sich damit zu beschäftigen.«

Von Ludwig Börne über Robert Weltsch bis hin zu Otto Romberg und Elisabeth Reisch – sie alle waren und sind Vollblut-Journalisten, dem freiheitlichen Dialog, der Öffentlichkeit und Demokratie verpflichtete Vertreter der deutsch-jüdischen Pressegeschichte. Mit letzterer verhält es sich allerdings ähnlich wie mit der Wissenschaft des Judentums: Beides lässt sich aufgrund seiner Vielgestaltigkeit nicht in starre Definitionen pressen. Die auch für viele Juden zuweilen überbordend erscheinende Vielfalt jüdischen Lebens mit seinen religiösen, kulturellen und ethnischen Einflüssen und das die Jahrhunderte durchziehende Ringen der Juden um eine eigene Identität, um rechtliche Gleichstellung und Akzeptanz seitens der Mehrheitsgesellschaft sorgen für einen Facettenreichtum, der Abgrenzungen und genaue Einordnungen oft erschwerte und bis heute erschwert. Ähnlich wie bei den Bemühungen um eine Etablierung der Wissenschaft vom Judentum als akademische Disziplin sind auch im Falle deutsch-jüdischer Presseerzeugnisse Inhalte, Zielsetzungen oder das Profil des Lesepublikums seit jeher Gegenstand eifrig geführter Debatten, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen.

Der von Frankreich herüberwehende Wind der Aufklärung beflügelte einst manchen jüdischen Publizisten, Schriftsteller oder Philosophen, sich als Herausgeber einer Zeitschrift zu versuchen. Die Glaubensgenossen sollten als Mitstreiter für die Gleichberechtigung der Juden gewonnen werden, sie sollten sich öffnen für den Geist der neuen Zeit, der so viel Anlass zur Hoffnung gab. Die immer zahlreicher erschienenen Blätter waren Ausdruck einer bislang ungekannten Offenheit, des Drangs nach Freiheit, nach Völkerverständigung und einem brüderlichen Miteinander. Die oft nur wenige Monate oder gar Wochen erscheinenden Zeitschriften kündeten zudem von dem Wunsch der mehrheitlich in Ghettos lebenden, entrechteten Juden, endlich gesellschaftlich anerkannt zu werden.

Mit dem Fortschritt der Emanzipation, so schleichend und zögerlich er sich vollzog, wandelte sich zeitgleich die inhaltliche Ausrichtung der deutsch-jüdischen Presse. Je mehr sich die traditionelle jüdische Lebenswelt der christlichen Mehrheitsgesellschaft anglich, desto stärker kreisten auch die Artikel und Kommentare der jüdischen Journalisten um die Frage nach der jüdischen Identität, nach Bewahrung der Überlieferung oder stärkerer Loslösung von jüdischen Traditionen. Von den rund 200 jüdischen Zeitungen, die im 19. Jahrhundert in Deutschland erschienen, war es die in Bonn herausgegebene »Allgemeine Zeitung des Judenthums«, die im Hinblick auf Verbreitung und Auflage den Durchbruch schaffte. Dem aus Magdeburg stammenden Prediger Ludwig Phillipson gelang die angemessene Mischung: » (...) ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse in Betreff von Politik, Religion, Literatur, Geschichte, Sprachkunde und Belletristik«, so der Untertitel des beliebten Blattes.

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts zwang das Heraufziehen von Antizionismus und völkischem Antisemitismus die Zeitungsmacher, sich auch journalistisch mit dem schleichenen Gift antijüdischer Stimmungsmache auseinanderzusetzen. Ungeachtet dessen wuchs der jüdische Zeitungsmarkt in den Jahren der Weimarer Republik rasant. In diesem »Goldenen Zeitalter der jüdischen Presse« erlebten die verschiedenen Blätter thematisch und redaktionell eine weite Öffnung. Hier schrieben nicht nur Juden für Juden. Unter den Redakteuren waren zahlreiche Nichtjuden, und entsprechend vielfältig war auch die Leserschaft. Die stark voranschreitende Assimilation entzog den auf rein jüdische Themen ausgerichteten Zeitungen die Existenzgrundlage. Robert Weltsch, der bedeutende Chefredakteur und Herausgeber der seit 1902 wöchentlich erscheinenden »Jüdischen Rundschau«, analysierte klug: »Wer das Judentum des 19. und 20. Jahrhunderts aus der Presse studieren will, wird sich nicht mit den Zeitungen beschäftigen können, die sich selbst als jüdische bezeichnen.

(...) Die wirklich geistige und politische Geschichte der deutschen Juden wird man vielmehr der allgemeinen Presse des Zeitalters entnehmen müssen.« So verwirklichte sich besonders in der Zwischenkriegszeit, den Jahren des immer aggressiver sich gebärdenden Antisemitismus, die einst von Ludwig Börne geforderte Abkehr von der Konzentration auf das Jüdische.

Für kurze Zeit, bis zum Machtantritt der Nationalsozialisten, schien die Akzeptanz der jüdischen Minderheit durch die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft so weit gediehen wie nie zuvor. Religiöse und orthodoxe Strömungen unter den in Deutschland lebenden Juden bestanden fort, doch zugleich war zu beobachten, wie die frühere Selbstisolierung zugunsten von Offenheit und Vielfalt allmählich überwunden wurde. Eine Entwicklung, die sich auch in den Presseergebnissen widerspiegelte.

Dieser befreiende, hoffnungsvolle Prozess endete jäh mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten. Das Unrechtsregime zog die durchlässig gewordenen gesellschaftlichen Grenzen zwischen Juden und Nichtjuden unüberwindbarer als je zuvor. Hunderttausende Deutsche sahen sich auf brutale Weise auf ihr Bekenntnis zum jüdischen Glauben oder auf ihre jüdische Herkunft reduziert. Schlagartig wandelte sich die Rolle der jüdischen Presse. Gezwungen, sich ausschließlich mit jüdischen Themen zu beschäftigen, waren die jüdischen Zeitungen nunmehr wichtige Orientierungshilfen. Berühmtheit erlangte ein von Robert Weltsch verfasster Artikel, der im April 1933 in der Rundschau unter dem Titel erschien: »Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!« Zur Bedeutung der jüdischen Presse im Nationalsozialismus stellte Weltsch rückblickend fest: »Die Zeitung war das einzige Werkzeug, das in einer fast seelsorgerisch zu nennenden Rolle den Beraubten und Verfolgten, den Erniedrigten und Beleidigten Mut zusprechen und ihnen ein neues Lebensgefühl geben konnte.«

Eine Wirkung, die über den jüdischen Leserkreis hinausging. Auch regimekritische Nicht-Juden kauften zwischen 1933 und 1938 die beiden großen deutsch-jüdischen Zeitungen: die »Centralvereins-Zeitung« und die »Jüdische Rundschau«. Im Unterschied zur gleichgeschalteten deutschen Presse konnten die Leser hier der nationalsozialistischen Agitation entfliehen. Mit Gewährung journalistischer Freiheiten hatte dies freilich nichts zu tun. Im Gegenteil: Die staatlichen Stellen übten Zensur aus und entschieden, was von nun an von jüdischem Interesse war. Der nationalsozialistischen Logik folgend war es den Redaktionen der bis 1938 erscheinenden jüdischen Blättern untersagt, sich in ihren Artikeln mit dem Thema Antisemitismus zu befassen. Im Zuge der Zwangsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung nach den Novemberpogromen wurden auch die jüdischen Zeitungen verboten. Auf das Verstummen der Zeitungen folgte der millionenfache Menschenmord.

73 Jahre später feiern wir mit dem Jubiläum der TRIBÜNE auch den Triumph über die Zerschlagung der traditionsreichen deutsch-jüdischen Presse durch die Nationalsozialisten. Und wir feiern die Tatsache, in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben und jedes Anzeichen für ein Aufkeimen antisemitischer Hetze frei artikulieren und anprangern zu können.

Die TRIBÜNE ist die Verkörperung dieses Rechts, indem sie den Kampf gegen antisemitische Vorurteile zu ihrer Hauptaufgabe erklärt. Die Redaktion hat den großen Anteil an Multiplikatoren unter ihrer Leserschaft im Blick, wenn sie darum wirbt, nicht nachzulassen mit der Mahnung, wachsam gegenüber Intoleranz, Antisemitismus und Rassenhass zu sein.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert eindrücklich, dass die fortdauernden Appelle von Otto Romberg und seinen Mitstreitern nicht laut genug sein können. Und ebenso lautstark sollte weiterhin die Forderung nach einem Verbot der NPD artikuliert werden. Die Prozentzahlen, die die braunen Volksverhetzer in bundes-

deutschen Länderparlamenten erringen, mögen weitaus geringer als in anderen europäischen Ländern sein. Doch wer vor Ort Eindrücke sammelt und die Parteiprogramme genau liest, wird zur gleichen Einschätzung gelangen wie Heribert Prantl in der »Süddeutschen Zeitung«: »(...) so braun wie die NPD ist keine andere Partei, keine schöpft so unverfroren aus dem Sumpf, wie es die Neonazis von McPomm und Sachsen tun, keine hat ein so geschlossen chauvinistisches und rassistisches Weltbild: Weiße sind mehr wert, Juden gehören nicht hierher, Muslime sind Terroristen, Frauen sollen nicht so viel Wind machen, Homosexuelle sind pervers und Polen stehlen den Deutschen die Arbeit. Ausländerfeindliche Plakate werden in ganz Europa geklebt, aber keine Partei sonst wirbt mit Nazi-Sprüchen wie »Kraft durch Freude«, keine andere verklärt die Hitlerei.«

Angesprochen auf seine Rettung durch Raoul Wallenberg bekam Otto Romberg in einem Interview folgende Frage gestellt:

»If Raoul Wallenberg were sitting with us today, what would you say to him?« (Wenn Raoul Wallenberg heute bei uns säße, was würden Sie ihm sagen?)

Otto Romberg antwortete: »That he is a hero and that he should try to vaccinate humankind with his courage.« (Dass er ein Held ist und versuchen sollte, die Menschheit mit seinem Mut zu impfen)

Ja, ein solcher Impfstoff zur Immunisierung gegen Intoleranz und Antisemitismus wäre ein Segen für die Menschheit. Bis er erfunden ist, bauen wir weiter auf Institutionen und Menschen wie die TRIBÜNE und ihre Redaktion. Seit 50 Jahren tragen sie mit Geist, Wissen und Menschlichkeit zu dieser Immunisierung bei. Bitte lassen Sie nicht nach in ihrem Engagement! In diesem Sinne: Aufrichtigen Dank und herzliche Glückwünsche an Otto Romberg, Elisabeth Reisch und die TRIBÜNE-Redaktion zu ihrer großartigen Zeitschrift.